

Handout zur Pressekonferenz am 20.08.2013 im Rahmen der

„Stiftung Opferhilfe: Ein Tropfen auf dem heißen Stein!“

- Sexueller Missbrauch in frühesten Kindheit innerhalb der eigenen Familie
- Scheidung der Eltern 1982, Erteilung eines gemeinsamen Sorgerechtes
- 1988/89 Auszug aus dem familiären Umfeld und erste eigene Wohnung mit Lebensgefährten. Zeitgleich Beginn einer Ausbildung zur Konditoreifachverkäuferin
- Zweite Ausbildung zur Heilerziehungspflegerin, langjährige berufliche Tätigkeit in Wohngruppen diverser Träger
- 2012 Erlangung der Urkunde: Heilpraktiker der Psychotherapie
- Aktuell: Wohnhaft in Weilheim und Aufbau der Selbständigkeit

Diese Pressekonferenz möchte ich zum Anlass nehmen, weswegen ich mittlerweile die Behauptung aufstelle: „ Vom Missbrauchsoffer zum Bürokratieopfer“.

Lassen Sie mich Ihnen einen groben Auszug meines Krankheits-/Bürokratieverlaufes geben: jahrelang litt ich unter starken Panikattacken und Angststörungen. Ich konsultierte mehrere Fachärzte und wurde immer wieder erfolglos medikamentös eingestellt. Meine Therapieansätze und Behandlungen brachten jedoch nie die erhoffte Linderung, oder eine Änderung meiner Verhaltensmuster. Erst 2009 (ca.30 Jahre später) bekam ich die offizielle, korrekte Diagnose:

„Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS)“

Zeitgleich war ich bereits ambulant in traumatherapeutischer Behandlung. Hierfür trat ich selbst in Vorleistung, da es sich als äußerst beschwerlich herausstellte, kompetente Therapeuten im Rahmen einer adäquaten Wartezeit zu finden.

Ab diesem Zeitpunkt ging eine Odyssee von Antragstellungen, Ablehnungen, Widersprüchen, Kampf um die Glaubwürdigkeit vor unabhängigen Gutachtern vieler Leistungsträger, Antragsbewilligungen im Zuge der Revision und mehrfache Ablehnungen der Widerspruchsverfahren. Im Verlauf dieser vier Jahre, lernte ich vielzählige Sachbearbeiter/innen jeglichen Couleur's kennen. Ich hatte immer das Bestreben meine Gesundheit zu stärken, für meine mir zustehenden Entschädigungen zu kämpfen und mir somit ein sozial verträgliches und unabhängiges Leben zu etablieren.

Als sehr demütigend und somit „retraumatisierend“ empfand ich die Reaktionen des zuständigen „Fachpersonals“, hier einige stilvolle Zitatsauszüge:

- „...Sie wollen immer einen Porsche statt einen VW...“

- „...Realität trifft auf Behörde...“

- „...so schlecht kann es Ihnen nicht gehen, wenn Sie immer noch auf Widerspruchs- und Klageverfahren reagieren können...“

FAZIT:

als „normales“ Opfer wird man in so einem langwierigen Prozess zermürbt. Ich gehe bewusst nicht auf die Situation von Opfern des „rituellen Missbrauches“ im Rahmen dieser Pressekonferenz ein, da es den Rahmen sprengen würde; zu erwähnen ist aber die absurde Gestaltung der zu Grunde gelegten Verjährungsfristen (--> Täter vor Opferschutz).

Ein großes Problem bei der Gesamtabwicklung, stellt der immer währende Wechsel des für die Antragstellung zuständigen Personals. Hinzu kommen mangelnde Kenntnisse in der Sozialrechtssprechung, fehlerhafter Kommunikationsfluss, auch für Fachleute nicht nachvollziehbaren Gesetzeslagen und extrem lange Bearbeitungszeiten. Dieses kann zu einem finanziellen Ruin und zur Verschlechterung der gesundheitlichen Verfassung des Opfers führen, was sicherlich als kontraproduktiv zu bewerten ist. Somit braucht man sich nicht wundern, dass durch Misswirtschaft weitere „Sozialfälle“ produziert werden und zu Lasten der Gesellschaft gehen. Sinnvolle Bewilligungen bleiben verwehrt und nur weil fragwürdige Gesetzgebungen stattgegeben werden müssen, erhebe ich die Frage: ob diese Umsetzungen langfristig gesehen die Kosten nicht in das unermessliche steigen lässt. Ich kritisiere nicht das Soziale System an sich, sondern prangere die soziale Misswirtschaft zu Lasten des gesamten gesundheitlichen Wesens an. Die entstehende Kostenexplosion ist nicht mehr lange tragbar.

Mein Appell für die Zukunft ist ein respektvoller und feinfühligere Umgang mit Betroffenen die sexuelle Gewalt erfahren. Als unbedingt erforderlich sehe ich die Reformierung des „Opferentschädigungsgesetzes“, die Gesetzesgrundlage diene der Entschädigung von Kriegsveteranen und ist nach heutigem Gesichtspunkten nicht als zeitgemäß zu betrachten.